V.i.S.d.P.
Ulrich Becksmann, Am Kegelsgrund 26, 76229 Karlsruhe

Pressemitteilung 16.01.2014

Aktionsgemeinschaft Nachtstromnutzer Karlsruhe (nnka) wendet sich an Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel

Die nnka unterstützt den zum Jahresende 2013 angekündigten Neustart zur Energiewende und fordert die Regierung zur Korrektur der Fehler der Vergangenheit auf

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel plädiert für den „Neustart“ bei der Energiewende wegen des mangelhaften Vorgehens der alten Regierung, war zum Jahresende in der Tagespresse am 30.12.2013 zu lesen. Der Minister meint, dass bei der Energiewende Fehler der Vergangenheit korrigiert werden müssten. Hier liege viel im Argen sagte der auch für Energie zuständige Gabriel der „Welt am Sonntag“: „Da herrscht zum Teil Anarchie. Alle machen mit, aber keiner weiß, wohin.“ (Stuttgarter Zeitung vom 30.12.2013).

Die Aktionsgemeinschaft Nachtstromnutzer Karlsruhe nimmt diese Ankündigung zum Anlass einer Stellungnahme zu einigen Punkten des Kapitels 1.4. des Koalitionsvertrags „Die Energiewende zum Erfolg führen“ und zeigt Lösungswege auf. Besoders geht es darum, durch Drehen an den Stellschrauben des Strompreises der Strompreisbremse zur Wirkung zu verhelfen. Die Vorgängerregierung war daran gescheitert. Das liegt im Interesse aller Stromverbraucher. Doch sind diejenigen, die elektrische Speicherheizungen(„Nachtstromspeicherheizungen“) betreiben, davon besonders hart betroffen.

Bei der notwendigen Neufassung des EEG steht die **EEG-Umlage** im Mittelpunkt der Maßnahmen zur Strompreisbremse.

Hier hat die Förderung von Betrieben in internationaler Konkurrenz zur Erhaltung von Arbeitsplätzen nach gesetzlichen Erweiterungen zu Wildwuchs geführt. Wie andere unterstützt die nnka nicht nur die Reduktion auf ein vertretbares Mindestmaß, sondern fordert die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Preiserlässe auf diesem Weg. Vorgeschlagen wird stattdessen ein steuerlicher Weg („Energie-Soli“). Einem Urteil der EU-Kommission, die zurzeit die Rechtmäßigkeit der EEG-Umlage prüft, könnte damit zuvorgekommen werden. Eine Steuererhöhung auf diesem Wege könnte durch eine Senkung der ohnehin überhöhten Stromsteuer (SPD-Versprechen!) ausgeglichen werden.

Der weitere Ausbau der regenerativen Energien kann von uns nur unterstützt werden. Nur muss er besser gesteuert werden. Die Volatilität von Solar- und Windenergie führt weiter zunehmend zu Stromüberschüssen. Die bevorzugte Einspeisung ins Netz führt dabei zu dem Widerspruch sinkender Strompreise an der Börse bei entsprechendem Preisanstieg für den Verbraucher durch die garantierte Einspeisesvergütung. Überschüsse führen immer häufiger sogar zu negativen Preisen. Auch dieser dann exportierte Strom wird vom Verbraucher ebenso bezahlt wie der zur Vorbeugung abgeregelte Strom regenerativer Anlagen. Das Problem liegt bei der **Speicherung** von Strom.

Regierung und Parlament haben schon in der zurückliegenden Legislaturperiode das Ausmusterungsgebot der Nachtspeicherheizungen durch Änderung des Energieeinsparungsgesetzes und der Energieeinsparverordnung (§10a) aufgehoben. Der **Wärmemarkt**, zu dem auch die über 1,5 Millionen Haushalte mit elektrischen Speicherheizungen gehören, ist für die Möglichkeit der Speicherung überflüssigen Stroms auch von der Politik erkannt und mit der Devise **„Power to Heat“** begründet worden. Die nnka fordert nun zur Einlösung und zur raschen Umsetzung durch Einbindung der elektrischen Speicherheizungen in die großen Netze und in das Lastmanagement auf. Stromerzeuger haben bereits Projekte zur lokalen bzw. regionalen Einbindung laufen (RWE, EnBW). Auf die Möglichkeit der Nutzung der elektrischen Speicherheizungen für regenerativ erzeugten Überschussstrom hat schon im Dezember 2008 Stephan Kohler, der Chef der dena (Deutsche Energieagentur), hingewiesen (bei zuviel Strom aus Windrädern werden „Nachtspeicherheizungen“ zu „Windspeicherheizungen“). Nur Die Grünen wollen diese Möglichkeit noch nicht akzeptieren und nehmen die „Nachtspeicherheizungen“ als Begründung für die Verlängerung der Laufzeit der Kohlekraftwerke und wollen sie weiter verbieten. Dabei könnte die Aufladung der Speicherheizungen mit Niedrigstrompreis am Tage zur Preisstabilität und damit auch zu einem ökonomisch nutzbareren Betrieb der teuren, aber hocheffizienten Gas-Dampf-Turbinenkraftwerken beitragen (wichtig für die **Versorgungssicherheit**!).

Mit der Weiterentwicklung des **Referenzertragsmodells** auf gute Standorte mit einem **Referenzwert von 75 bis 80 Prozent** zur künftigen wirtschaftlichen Nutzung als Förderbedingung hat sich die große Koalition Widerspruch in Baden-Württemberg eingehandelt. „Die große Koalition wirft uns dicke Knüppel zwischen die Beine“ (Ministerpräsident Kretschmann). Hier gilt es einer Blockade durch ein bei Erzeugung von Windstrom besonders rückständigem Bundesland vorzubeugen, indem die Ausbaubremse zunächst dort gezogen wird, wo ohne hin schon zuviel Anlagen gebaut und die Stromüberproduktion nicht genutzt und auch nicht weitergeleitet werden kann. In Baden-Württemberg beruht die Rückständigkeit auf der „Antiverspargelungspolitik“ einer früheren Landespolitik. Ein neues Planungsgesetz und anspruchsvolle Ausbaupläne wollen dem entgegenwirken. Doch sitzt diese Politik noch tief in manchen Köpfen der Einwohnerschaft und der Kirchturmspolitik wird die Ablehnung eines Windrads mit vorgeblichen Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes leicht gemacht. Auch die Politik ist hier beim Umdenken und der Meinungsbildung gefordert. Das Interview mit Stefan Flaig vom BUND „Windräder sind Geschmackssache“ (Suttgarter Zeitung vom 12.12.2013) hätte eine weitere Verbreitung verdient. Für ihn ist die Nutzung von Windenergie im Einklang mit der Natur machbar.

Die Aktionsgemeinschaft wünscht sich einen Auftritt von Minister Gabriel in Baden-Württemberg, möglichst in Karlsruhe und noch vor der Europa- und Gemeinderats-Wahl. Sie würde einen ähnlich guten Gesprächskontakt zu ihm begrüßen, wie er durch tatkräftige Vermittlung des CDU-Wahlkreisabgeordneten Ingo Wellenreuther zum früheren Bundesumweltminister Peter Altmaier zustande gekommen war.

Aktionsgemeinschaft Nachtstrom-Nutzer-Karlsruhe • Sprecher Ulrich Becksmann
Am Kegelsgrund 26 • 76229 Karlsruhe • Telefon 0721 - 462638
Email: mail@nnka.de Web: www.nnka.de